

Vorwort der Herausgeber

Als im Morgengrauen des 24. Februar 2022 die ersten russischen Raketen in ukrainischen Städten einschlagen, fallen viele europäische und transatlantische Gewissheiten wie Kartenhäuser in sich zusammen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen spricht von „eine[m] Wendepunkt für unsere Union“, der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz nennt es „Zeitenwende“: Mitten im Kampf um den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas nach der Covid-19-Pandemie zwingt der russische Präsident Wladimir Putin mit seiner Invasionstruppe die Ukraine, die EU und ganz Europa brutal in ein neues Zeitalter. Und doch zeigt sich die EU – zumindest nach außen – so geeint wie lange nicht.

So folgt auf Verfassungskrise (2005), Finanzkrise (ab 2007), Eurokrise (ab 2010), Migrationskrise (ab 2015), Corona-Krise (ab 2020) und Klimakrise nun mit dem Krieg in der Ukraine eine weitere Krise fundamentalen Ausmaßes. Wie hat die EU auf dieses Zusammenspiel verschiedener Krisen reagiert? Welche Bruchlinien haben sie zutage befördert? Was bedeuten der Krieg und seine Auswirkungen für die Zukunft der europäischen Integration? Diese Fragen ziehen sich wie ein roter Faden durch die Beiträge des Jahrbuchs der Europäischen Integration 2022. Wie Werner Weidenfeld es in seiner *Bilanz der Europäischen Integration* rekapituliert: „Europa zeigt sich gegenwärtig als ein Kontinent der Frazeichen“.

In altbewährter Tradition beschreibt und analysiert das Jahrbuch auch in seiner 42. Ausgabe alle wichtigen Bereiche der Europapolitik zwischen Sommer 2021 und Sommer 2022: Die Arbeit der Institutionen, die Entwicklungen in den einzelnen Politikbereichen, Europas Rolle in der Welt sowie die Europapolitik in den Mitgliedstaaten und Kandidatenländern. Neben dem Krieg in der Ukraine sind die weiteren Querschnittsthemen der diesjährigen Ausgabe die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie, die Probleme der Rechtsstaatlichkeit und die Folgen zahlreicher wichtiger nationaler Wahlen, wie zum Beispiel in Deutschland, Frankreich und Ungarn.

Sabine Fischer zeigt in ihrem Beitrag zur *Europäischen Union und Russland*, dass Russland mit dem Krieg zu einer Diktatur geworden ist, die den seit 1992 unabhängigen ukrainischen Staat vernichten will. Mathias Jopp gibt einen Überblick zum *Krieg in der Ukraine* und beleuchtet die wechselseitigen Konsequenzen der Sanktionen gegen Russland, die Debatte um Waffenlieferungen sowie die Auswirkungen des Krieges auf die EU-Institutionen, die Integration und die Erweiterungspolitik. Christian Raphael, Darius Ribbe und Wolfgang Wessels beobachten, dass in der *wissenschaftlichen Debatte* mit tradierten Sichtweisen und theoretischen Ansätzen zur europäischen Integrationspolitik abgerechnet wird, die viele Autor:innen nicht nur durch den Krieg in der Ukraine als überholt einstufen.

Auch Barbara Lippert stellt in ihren Beiträgen zur *Erweiterungspolitik* und zur *Nachbarschaftspolitik* grundlegende Veränderungen und neue Integrationsdynamiken fest. So zeigt sie – in Bezug auf Moldau, Georgien und die Ukraine – den Spurwechsel der EU von der Europäischen Nachbarschaftspolitik zur Erweiterungspolitik. Welche Ängste der Angriff Russlands auf die Ukraine in den Ländern der *Östlichen Partnerschaft* geweckt hat, fassen Dominic Maugeais und Laura Worsch zusammen. Annegret Bendiek und Moritz Wiesenthal erkennen und analysieren in ihrem Beitrag zur *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik* Dynamiken des Wandels, aber auch der Stagnation und des Scheiterns europäischer Außen- und Sicherheitspolitiken.

Neben der allgemeinen Außen- und Sicherheitspolitik hatte der Krieg auch gravierende Auswirkungen auf die *Umwelt- und Klimapolitik*, die Klaus Jakob beschreibt. Johannes Pollak legt den Finger auf die dramatische Abhängigkeit einiger Mitgliedstaaten von russischem Gas und zeigt die Konsequenzen der *Energiepolitik* der EU auf. Gabriel Toggenburg erläutert in seinem Beitrag zur *Rechtsstaatlichkeit*, dass es begrüßenswerte Entwicklungen – wie die neuen Empfehlungen im Rechtsstaatsbericht der Kommission – gegeben hat. Das Gesamtbild der Rechtsstaatlichkeit habe sich jedoch leider nicht verbessert.

In seinem Beitrag zur *Europäischen Kommission* untersucht Andreas Hofmann die Rolle der Kommission bei der Bewältigung der Krisenkaskade und stellt dabei fest, dass es gelungen ist, die Klima- und Digitalpolitik als roten Faden der Krisenmaßnahmen zu bewahren. Peter Becker betrachtet in diesem Kontext die Umsetzung des *Wiederaufbauplans der Europäischen Union*. Unser neuer Autor Julian Dörr wartet mit einer spannenden Entwicklung der *Regional- und Kohäsionspolitik* auf: Diese wandelt sich schleichend von einer Unterstützungsrichtlinie zu einer Quasi-Wirtschaftspolitik oder „Ersatzwirtschaftspolitik“.

Auch abseits der großen internationalen Krisen gab es teils turbulente Entwicklungen in den Mitgliedstaaten: Alexander Grasse und Silvia Bolgherini skizzieren in ihrem Beitrag das innenpolitische Drama in *Italien* im Sommer 2022, aber auch den italienisch-französischen Freundschaftsvertrag. Agnieszka Cianciara berichtet vom weiterhin schwelenden Rechtsstaatskonflikt zwischen *Polen* und der EU, aber auch von der grenzlosen polnischen Unterstützungsbereitschaft für die Ukraine. Thomas Diez beschreibt den schwierigen Spagat *Zyperns* im Umgang mit dem russischen Angriffskrieg, während Hrvoje Butković berichtet, wie sich *Kroatien* auf die Einführung des Euros vorbereitet.

Zur Vereinheitlichung der Behandlung von EU-Nachbarstaaten gibt es dieses Jahr zwei Neuerungen: Die bisher alleinstehenden Länderkapitel *Ukraine*, *Moldau* und *Georgien* wurden in den Beitrag *Östliche Partnerschaft* von Dominic Maugeais und Laura Worsch integriert, der in seinem Umfang entsprechend gewachsen ist. Die EU-Beziehungen zu den *Westbalkanstaaten* haben einen neuen Beitrag erhalten, den Tobias Flessenkemper verfasst hat und der die bisherigen Länderbeiträge beinhaltet. Dieser Ansatz bietet bessere Übersicht und spannende länderübergreifende Analysen ohne inhaltliche Abstriche zu machen.

Dieser kleine Ausschnitt aus den diesjährigen Jahrbuch-Beiträgen zeigt: Das Jahrbuch ist eine einzigartige Quelle für alle, die sich über die jüngsten Entwicklungen der EU informieren wollen. Die Autor:innen der sorgfältig ausgewählten, zusammengestellten und redigierten Beiträge – über 100 an der Zahl – sind allesamt ausgewiesene Expert:innen ihres Fachs. Sie beschreiben die Ereignisse des vergangenen Jahres und analysieren deren Bedeutung für den Fortgang der Europäischen Integration. So ist auch die vorliegende 42. Ausgabe des Jahrbuchs wieder ein wichtiges Stück europäischer Zeitgeschichte.

Den Autor:innen sei daher an dieser Stelle ein großer Dank ausgesprochen. Ein besonderer Dank gilt außerdem David Nonhoff, Leander Kraft und Jakob Burger vom Institut für Europäische Politik (IEP) für ihr sachkundiges und geduldiges Lektorat.

Das Jahrbuch ist ein Projekt des Instituts für Europäische Politik, das in Kooperation mit dem Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München (C·A·P) und dem Centrum für Türkei und EU Studien (CETEUS) der Universität zu Köln verwirklicht wird. Ohne die großzügige Förderung durch das Auswärtige Amt war und ist das Jahrbuch nicht realisierbar.

Werner Weidenfeld

Wolfgang Wessels